mit. Allein Abgeordneter Frank blieb bei seiner Behauptung, natürlich unterstützt von Dr. Heim. Bis gestern wurde von dem Minister Untersuchung gehalten, ihr Resultat ist: Die Behauptung Franks ist unwahr. Der Minister teilte dies in der gestrigen Finanzausschußsitzung mit, und Abgeordneter Frank sah sich genötigt, sein Bedauern aussprechen zu müssen; er wäre falsch informiert worden.

Das Blatt nennt den Vorgang unerhört. Unerhört ist er nun wohl gerade nicht, denn mit der leichtfertigen Aufstellung von Bezichtigungen, die sich hinterdrein als erlogen herausstellen, sind die bayerischen Centrumsherren keineswegs sparsam — siehe den Fall Gerstenberger-Weyhl. Der Regierungsrat Frank ist ein ebenbürtiger Kompagnon des Pfarrers Gerstenberger. Noch ärger als seine Leichtfertigkeit bei der Beschuldigung der Kommissare ist seine Weigerung, nach der Richtigstellung der Sache durch den Minister seine Behauptungen zurückzunehmen. Dabei ist der Mann selbst Beamter! Nachdem er schließlich wohl oder übel hat zu Kreuze kriechen müssen, sollte der Polizeipräsident von München als Vorgesetzter der Kommissare wenigstens dafür sorgen, daß Herr Frank genötigt wird, die Zuträger der falschen Behauptungen zu nennen. Wenn sich Herr Frank hinter seiner Abgeordnetenimmunität verschanzte, so sollten doch diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die es dahin gebracht haben, daß ein Abgeordneter vor dem ganzen Lande ehrenwerte Männern des gerichtsnotorischen Betruges und der Fälschung bezichtigt und von ihnen behauptet, sie hätten deshalb hinter schwedischen Gardinen gesessen.

---

* Zu dem in der gestrigen Abendnummer unter der Ueberschrift **„Die deutschen Geschäftsreisenden in Rußland"** veröffentlichten Artikel erhalten wir eine Zuschrift aus dem Leserkreise, der wir entnehmen:

„Gestatten Sie mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß deutscherseits — im Gegensatz zu Ihrer Annahme — die Religion des Paßinhabers, auch wenn vorweg als Reiseziel Rußland bezeichnet wird, im Paß nicht vermerkt wird. Wenigstens nicht in Berlin und Charlottenburg. Es sei denn, daß seitens der deutschen Behörden irgend ein bestimmtes Geheimzeichen hineinpraktiziert wird, was zunächst nicht anzunehmen ist.

Vielmehr vollzieht sich der Vorgang wie folgt: Damit ein Paß nach Rußland gültig sei, muß er seitens eines in Deutschland ansässigen russischen Konsuls visiert worden. Und diese russischen Konsulate sind es, die den Nachweis verlangen, welcher Konfession der Paßinhaber angehört. Also hier erst erwachsen die Schwierigkeiten.

Ich bin Privatbeamter. Meine Frau ist aus Warschau gebürtig, aus diesem Grunde liegt für mich öfter Veranlassung vor, dorthin zu reisen. Für einen Mann ist nun, wenn auch recht bureaukratische Prozeduren und eine Reihe von Unkosten damit verbunden sind, die Erlangung eines Passes schließlich erreichbar. Ganz anders ist es aber mit Damen bestellt. Meiner Frau — wir sind Juden — ist es seit Jahr und Tag unmöglich gemacht, ihre Angehörigen zu besuchen, einfach weil sie keinen Paß oder richtiger das Visum des russischen Konsulats nicht bekommt. Vor einigen Jahren starb der Vater meiner Frau. Der Fall wurde uns telegraphisch gemeldet. Mit Rücksicht darauf, daß einem solchen Telegramm keine ausreichende Beweiskraft beiwohnen könnte, erbat und erhielt ich die Empfehlung einer allerersten Bankfirma, die notorisch der Bankier der russischen Regierung ist. Weder mein Ansuchen beim Konsul, noch beim russischen Botschafter hatte Erfolg. Man verwies mich vielmehr an den Polizeipräsidenten von — Petersburg und stellte mir anheim, diesem zu telegraphieren. Das geschah; Rückantwort wurde bezahlt. Die Genehmigung zum Visieren traf auch ein, schon nach vier (!) Wochen! So war es meiner Frau unmöglich, ihrem Vater die letzte Ehre zu erweisen!

Hier müßte Abhilfe geschaffen werden. Gestatten Sie mir, Ihnen zu erzählen, wie seitens anderer Nationen verfahren wird. Ein uns bekanntes jüdisches Ehepaar war vor vielen Jahren von Warschau nach Amerika ausgewandert. Sie waren inzwischen amerikanische Bürger geworden. Die Dame wollte jüngst nach Warschau zu ihren Angehörigen reisen und präsentierte ihren amerikanischen Paß dem hiesigen russischen Konsulat zum Visieren. Das wurde verweigert, da sie nicht den Nachweis führen könne, daß sie nicht Jüdin sei. Die Dame, eine sehr resolute Frau, erklärte, daß man sich in Amerika um die Religionszugehörigkeit nicht kümmere, und daß sie den russischen Behörden dies Recht auch nicht zuzusprechen könne. Sie suchte die Intervention des amerikanischen Gesandten nach, der unverzüglich für sie eintrat, und ebenso unverzüglich wurde das Visum erteilt, notabene ohne jegliche „Stigmatisierung".

Wir sind der Meinung, daß, was den Amerikanern möglich ist, auch uns im Verkehr mit Rußland möglich sein muß. Niemand wird von unserer Regierung verlangen, daß sie sich nach Bebelschem Rezept um russische Dinge kümmert, die unsere Volksinteressen nichts angehen. Das aber kann man verlangen, daß unsere Regierung Rußland gegenüber mit Entschiedenheit dafür eintritt, daß deutsche Reichsangehörige von den russischen Behörden nicht schlechter behandelt werden als Angehörige irgend einer anderen Nation. Den Amerikanern, die sich in interne russische Angelegenheiten offiziell einmischen, ist es ein Leichtes, sich in Rußland Rücksicht und Achtung zu erzwingen. Wir, die wir die Russen in ihrem eigenen Hause ungeschoren lassen, sollten uns zum Dank dafür als Nation zweiter Klasse behandeln lassen? Wenn die Regierung diesem Zustande nicht bald ein Ende macht — und es ist ihr ein Leichtes, das zu tun — so wird allmählich im Volke die Auffassung sich einnisten, daß Herr Bebel recht hat, wenn er eine Einmischung Deutschlands in russische Verhältnisse empfiehlt, und wenn er behauptet, daß Preußen-Deutschland von Herrn v. Plehwe sozusagen kommandiert werde.

---

* Die zurückhaltenden Aeußerungen des Reichskanzlers Grafen Bülow, die er in seiner Donnerstagsrede über den **Stand der Handelsvertragsverhandlungen** gemacht hat, finden eine Ergänzung in einer Berliner Zuschrift der offiziösen „Südd. Reichskorresp." Im Reichstage erklärte Graf Bülow nur, daß die Regierung an dem Wunsche festhalte, auf für uns annehmbarer Basis baldmöglichst zu Handelsverträgen zu kommen. In der erwähnten Korrespondenz wird nun über den Stand der deutsch-russischen Verhandlungen einiges weitere gesagt. Allzuviel erfährt man freilich auch hier nicht. Wenn ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die sanguinische Hoffnung unberechtigt sei, noch mehr aber die künstliche Schwarzmalerei, so weiß man im Grunde nicht mehr als vorher. Es wird dann weiter ausgeführt:

„Die Arbeiten für den deutsch-russischen Handelsvertrag sind auch während der letzten Berliner Zusammenkunft normal vorwärts gegangen und werden auf dem Weg, der noch bis zum Ziel des Vertragsabschlusses zurückzulegen bleibt, nach einer jeden Optimismus fernhaltenden kühlen Berechnung der ausschlaggebenden Umstände durch unüberwindliche Hindernisse nicht bedroht. Höhen und Tiefen gibt es erfahrungsmäßig während jeder Handelsvertragsunterhandlung. Gerade in den diesmaligen deutsch-russischen Konferenzen aber traten diese natürlichen Schwankungen weniger stark hervor, als gelegentlich in der Presse beider Teile prophezeit worden war. Als seinerzeit die jetzt geltenden Verträge vorbereitet wurden, gerieten die Unterhandlungen öfters bis hart an Punkte, wo sie hatten abgebrochen werden müssen. Das ist während der jüngsten Verhandlungen mit Rußland bisher nicht vorgekommen, und die beiderseitige Bereitwilligkeit zu geschäftsmäßig nüchterner Behandlung der strittigen Fragen spricht dafür, daß es auch fernerhin ohne besondere Zwischenfälle abgehen wird. Ein Fehlschlag der deutsch-russischen Vertragsarbeiten wäre gewiß unerwünscht; ob aber für Deutschland mehr als für Rußland? Diese Frage mögen die Herren Pessimisten sich beantworten, gleichviel, ob sie in unserer oder in der fremden Presse ihr Wesen treiben."

Mehr, als es hier geschieht, kann man seine Ansicht kaum verklausulieren. Wir hoffen natürlich, daß trotz der kaum noch bestrittenen Schwierigkeiten ein brauchbarer Vertrag zu stande kommt. Aber wie anders malt sich doch heute die Situation im Kopfe der Reichsregierung und der Parteien als gerade vor einem Jahre, damals, als die Kardorff-Mehrheit in der berüchtigten zwanzigstündigen Dauersitzung den neuen Zolltarif durchpeitschte.

---

* Die **Studentenunruhen in Kiew** dauern noch immer fort. Wie von dort gemeldet wird, ist es den Anstiftern der Unruhen an der Universität gelungen, eine allgemeine Obstruktion herbeizuführen. Als Grund derselben wird die Verhaftung von Studenten bei der jüngsten Kundgebung vor der Universität angegeben. Polizisten und Kosaken halten die Ordnung vor dem Universitätsgebäude aufrecht. Im polytechnischen Institut sind seit frühem Morgen über 300 Studenten bemüht, der Obstruktion entgegenzutreten. Die auf Wunsch jener Studenten, welche an den Ruhestörungen nicht teilgenommen hatten, begonnenen Vorlesungen wurden auf Beschluß des Professorenkollegiums abgebrochen. Die Zuhörer faßten den Beschluß, durch eine Deputation den Verweser des Finanzministeriums um Klärung der Lage zu bitten, beschränkten sich aber schließlich darauf, dem Direktor des Instituts ein Telegramm an den Verweser des Finanzministeriums zu übergeben mit der Bitte, das Institut nicht zu schließen. Die Vorlesungen sind auf zwei Tage eingestellt worden. Das Professorenkollegium hat die Studenten aufgefordert, an Versammlungen nicht teilzunehmen.

Die Auflösung des japanischen Parlaments.

Das japanische Parlament, dessen Eröffnung man angesichts der kritischen Lage in Ostasien mit so großer Spannung und nicht ohne Besorgnisse entgegensah, hat nur zwei Tage gelebt. Wie aus Tokio gemeldet wird, ist das Abgeordnetenhaus gestern aufgelöst worden. In amtlichen Kreisen hatte man gehofft, daß das Abgeordnetenhaus seinen in der am 10. d. M. beschlossenen Antwort auf die Thronrede erhobenen Vorwurf gegen die Regierung zurücknehmen werde. Da dies aber, entsprechend den von den verbündeten Parteien in Versammlungen angenommenen Beschlüssen, nicht geschah, entschloß sich die Regierung zur Auflösung des Parlaments.

Ueber die Vorgänge, welche zu dieser äußersten Maßregel der japanischen Regierung geführt haben, erhalten wir in Ergänzung unserer bisherigen Meldungen noch folgenden Bericht: Die Eröffnung des Parlaments am 10. Dezember hatte, wie gewöhnlich, im Oberhause stattgefunden, wo der Mikado persönlich die Eröffnungsrede hielt. Nach Mitteilung des Daily Mail-Korrespondenten machte sich sofort in der Versammlung eine Enttäuschung darüber bemerkbar, daß in der Thronrede die brennende ostasiatische Frage so leichthin abgefertigt wurde, und es verlautete sofort, daß die Opposition darüber bei der Antwort sich äußern werde. Gleich nachdem der Kaiser in den Palast zurückgekehrt war, trat denn auch das Unterhaus zusammen und faßte in unglaublich kurzer Zeit und unter großem Enthusiasmus einen Beschluß, durch den die Politik der Regierung direkt verurteilt wurde. Dieser dem Mikado überreichte Beschluß, der als Protest gegen die Politik der Regierung in der japanischen Geschichte unerhört ist, hat folgenden Wortlaut:

„Euere Majestät haben die Gnade gehabt, heute persönlich das Parlament zu eröffnen und eine von Herzen kommende Botschaft mitzuteilen, die von dem Hause mit großer Dankbarkeit entgegengenommen wurde. Das Kaiserreich Japan steht auf dem Gipfel seiner Höhe. Seine heutige Stellung hat keine Parallele in der Geschichte der letzten tausend Jahre. (Es ist natürlich gemeint in der Geschichte Japans. Die Red.) Die Mitglieder des Unterhauses Eurer Majestät bedauern tief, daß in einem so kritischen Zeitpunkte, wo das Geschick der Nation auf dem Spiele steht, die Maßnahmen des Kabinetts den Anforderungen der Lage so schlecht angepaßt sind, und daß sie nicht zur Hebung des nationalen Einflusses dienen können. Die Politik des Ministeriums steht nicht mit dem Fortschritte des Reiches im Einklang, denn sie ist lediglich eine innere und eine schwankende. Die Diplomatie des Kabinetts ist eine fehlerhafte, und wir appellieren deshalb unterthänigst an Euere Majestät mit der Bitte, die Lage zu untersuchen. Die Sorge um den Fortschritt des Reiches diktiert diese Antwort, die nationale Hoffnungen zum Ausdruck bringt."

Im späteren Verlaufe des Tages wurde noch eine Interpellation eingebracht des Inhaltes, daß die Verzögerung der Verhandlungen mit Rußland zu bedauern sei und den Frieden im Osten bedrohe, und daß man aus diesem Grunde Mitteilung darüber fordern müsse, wie weit die Verhandlungen gediehen seien.

Soweit die Vorgeschichte der japanischen Parlamentsauflösung. Durch die Auflösung des Repräsentantenhauses ist nach einer vom Bureau Laffan mitgeteilten Ansicht des Daily Telegraph-Korrespondenten in Tokio die Stellung der japanischen Regierung nicht geschwächt, vielmehr habe sie dadurch freie Hand bekommen.

Zur Lage der diplomatischen Verhandlungen zwischen Rußland und Japan erhalten wir von unserem Londoner B-Korrespondenten folgende telegraphische Meldung:

Aus Paris kommt die Meldung, daß die russische Antwort auf die japanische Note unterwegs sei. Danach willige Rußland in die Neutralisierung Nordkoreas ein, namentlich auch den Truppenverkehr zwischen Port Arthur und Wladiwostok zu erleichtern, und überläßt den Süden der Halbinsel den japanischen Ansprüchen. Die Schwierigkeit der Verständigung bildet die Mandschurei, hinsichtlich deren Japan Rußland nicht carte blanche geben will. Japan verlangt im Einverständnis mit Amerika die offene Tür und fordert ferner die Behandlung der koreanischen Frage unabhängig von der mandschurischen.

Wie die Londoner Morgenblätter aus gut informierter

Sezession nach Weimar.

Unser Korrespondent schreibt uns aus Weimar, 11. Dezember: „Vertreter der Sezessionen Berlin, München, Karlsruhe und anderer Kunstcentren werden am 15. d. M. in Weimar zu einem Kongresse zusammentreten, um über einen Zusammenschluß der gesamten deutschen Sezessionisten zu beraten. Erwartet werden in Weimar unter anderem: Liebermann, Uhde, Stuck, Kalckreuth. Es soll auf diesem Kongresse Weimar als Vorort der deutschen Sezessionen in Vorschlag gebracht werden. Hier würden dann auch die Ausstellungen veranstaltet werden, wodurch die kleine thüringische Residenz zu einer hervorragenden Bedeutung gelangen würde."

Also alle Sezessionen wollen ihren Namen jetzt wörtlich nehmen, sie wollen „fortgehen", und Weimar will sie gastlich aufnehmen.

Das ist für beide Teile vorteilhaft genug.

Wenn auch nicht überall in dem Maße wie in Berlin, so werden doch überall die Sezessionen von den Vertretern der offiziellen Kunst oder den herrschenden Persönlichkeiten und Cliquen an die Wand gedrückt. Man mußte seit langem darauf gefaßt sein, daß dieser Druck einen Gegendruck erzeugen würde, daß die unabhängigen deutschen Künstler (es brauchen nicht nur Sezessionisten zu sein) sich einmal dagegen auflehnen würden, sich als Künstler „minderen Rechtes" behandeln zu lassen. Gerade in letzter Zeit ist vieles geschehen, was nur zu geeignet war, die Schwerfälligkeit der Künstler in praktischen Dingen zu überwinden und zu einer Tat zu drängen. Die Eingriffe des Kaisers in die Angelegenheiten der preußischen Kunstankäufe, die Veränderungen im preußischen Kultusministerium mit der deutschen Spitze gegen die lebendige Kunst, die bevorstehende Versetzung Tschudis aus der Nationalgalerie in das Kupferstichkabinett, der ganze Verlauf der Affäre St. Louis, alles das ließ diesen Künstlern die Zukunft in sehr trübem Lichte erscheinen. Und die Künstler in allen deutschen Kunststädten mußten einsehen, daß, wenn sie auch unmittelbar nur an der Ausstellungsangelegenheit beteiligt waren, sie mittelbar doch auch unter dem preußischen Kampfe gegen die neuere Kunst würden mitzuleiden haben. Auch hatten sie meist wohl noch eigene Schmerzen in ihren Vaterländern.

Da lag die Idee an einen Zusammenschluß den sonst nicht immer einigen Vereinen nahe. Ein solcher Zusammenschluß ist nur möglich auf neutralem Boden, wenn man nicht einen Turnus einführen wollte, bei dem dann jede Kunststadt nur etwa alle fünf bis sechs Jahre zu ihrer Ausstellung gekommen wäre. Weimar liegt günstig, da es von allen deutschen Landschaften aus bequem zu erreichen ist. Man wird dort ein eigenes Haus, in dem die Künstler Herren sind, und vielleicht auch eine eigene moderne Kunstsammlung schaffen können. Vielleicht kann man sogar auf den Landesherrn als Mäcen rechnen; wenigstens lassen die Berufungen von der Veldes, Ludwig v. Hofmanns und Hans Olbes an die Weimarer Kunstschule und der Ruf an August Gaul erkennen, wo der junge Großherzog mit seinen Neigungen steht, und daß er im Prinzip sicher nicht abgeneigt wäre, der Schirmherr der Sezessionen zu sein.

Wo die Vorteile für Weimar liegen, das bedarf keiner ausführlichen Darlegung. Auch wenn der Großherzog keinen Wert darauf legte, aus seiner Residenz eine Ausstellungsstadt zu machen, zu der Deutsche aus allen Landschaften ziehen würden, würden die Weimaraner eine solche Entwickelung ohne Zweifel mit Freuden begrüßen müssen.

Jedenfalls ist die ganze Angelegenheit sehr wichtig, und man muß gespannt sein, zu welchem Ende die bevorstehenden Verhandlungen führen werden.

Vor allem darf man auf eines neugierig sein: wie alle die sich zu der Sache verhalten werden, die durch ihre Worte und Taten die Sezessionen zusammengebracht und zu diesem Entschluß getrieben haben.

Fritz Stahl.

Ein Prozeß um ein Stück, das noch nicht aufgeführt ist, kann eine gute oder eine schlechte Reklame sein, je nach dem späten Erfolg — aber eine Reklame, wenn auch eine unfreiwillige, ist er jedenfalls. Dr. Neumann-Hofer und Direktor Reinhardt sind in Zwietracht darüber, wer Wilhelm Schmidts Schauspiel „Mutter Landstraße" entdeckt hat. Der Leiter des Lessing-Theaters hatte es zuerst gelesen und einige Aenderungen vorgeschlagen. Dann reichte der Autor das Werk bei Reinhardt ein, wo es (mit oder ohne Aenderungen?) angenommen und einstudiert wurde. Nun aber macht Direktor Neumann-Hofer sein vermeintliches Vorrecht geltend, und die Angelegenheit dürfte zu gerichtlicher Verhandlung gelangen. — Hoffentlich kommt es mit den Gerichtsverhandlungen nicht so weit, daß Schmidt, der übrigens ein sehr talentvoller Schriftsteller ist, sein Werk aus „Mutter Landstraße" in „Mutter Landgericht" umtaufen muß!

⊙ Berlioz in Baden-Baden. Aus Baden-Baden wird uns geschrieben: Am 100. Geburtstage von Hektor Berlioz wird die Erinnerung wach an die Zeit, da der große französische Meister die Sommermonate in unserer Bäderstadt zu verbringen pflegte. Im Jahre 1853 fand zum ersten Male unter seiner Leitung im Konversationshause ein großes Konzert statt, in dem Kompositionen aus „Romeo et Julietta", „Damnation de Faust" und die Ouverture zum „Carnaval romain" zur Aufführung gelangten. Diesem Konzert folgten in den nächsten Jahren noch manche andere, und später komponierte Berlioz auf Anregung des Baden-Badener Spielpächters Benazet die Oper „Beatrice und Benedikt", mit der am 9. August 1862 das neue Theater in Baden eingeweiht wurde. Auch diese Aufführung fand unter Leitung des Komponisten statt.

In seiner letzten Sitzung hat nun der hiesige Stadtrat beschlossen, am Theater eine Gedenktafel mit folgender Inschrift anbringen zu lassen: „Dem Komponisten Hektor Berlioz (geb. 11. Dezember 1803 — gest. 9. März 1869), welcher mehrere Jahre in Baden die Sommermonate zubrachte und zur Eröffnung des hiesigen Theaters im Jahre 1862 die Oper „Beatrice und Benedikt" komponierte und selbst dirigierte, an seinem 100. Geburtstage zum Gedächtnis errichtet von der Stadt Baden-Baden."

♀ Der Komponist der „Luise" erkrankt. Wie uns gemeldet wird, ist Gustave Charpentier, der Schöpfer der „Luise", in Agely bei Dijon plötzlich erkrankt. Sein Zustand gibt zu Besorgnissen Anlaß. Charpentier ist 44 Jahre alt.

n. Ein wissenschaftliches Vereinshaus. Auf Anregung des Münchener Aerztevereins hin wird in der bayerischen Landeshauptstadt ein Pettenkofer-Haus errichtet werden, in dem nicht bloß ärztliche, sondern wissenschaftliche Vereine überhaupt mit ihren etwaigen Wischersammlungen eine zweckmäßige und anständige Unterkunft finden sollen. Auch für genügend große Vortragssäle wird in dem Pettenkofer-Hause gut gesorgt sein.

Vielleicht wirkt das Münchener Vorbild auch auf Berlin in einem gewissen Sinne aufmunternd ein. Denn wenn wir einzelne Stätten besitzen, in denen gewissen wissenschaftlichen Vereinen Gelegenheit geboten ist ihre Versammlungen abzuhalten und ihre Büchereien passend aufzustellen, — wir erinnern an das Langenbeck-Haus für Mediziner, an das Hoffmann-Haus für die Chemiker, an das stattliche Heim der Geographischen Gesellschaft, an die Versammlungshäuser der deutschen Ingenieure und der Techniker —, so fehlt es doch andererseits in Berlin an einem allgemeinen wissenschaftlichen Vereinshause mit großen Hörsälen für Vorträge und besonders für naturwissenschaftliche Demonstration. In dieser Hinsicht wäre es sehr angebracht, einmal den sogenannten Berliner Unternehmungsgeist zu einer kräftigen Betätigung anzustacheln.

☞ Theaterchronik. Julius Lieban sollte, wie wir mitgeteilt haben, vor einigen Tagen im königlichen Opernhause zum hundertsten Male als David in den „Meistersingern" auftreten. Aber eine Heiserkeit, die sich am Jubiläumstage einstellte, spielte dem Künstler einen Streich. Nun wird er am Montag seinen Gedenktag begehen.